

AK Vorrat kritisiert Referentenentwurf zur Vorratsdatenspeicherung scharf

17. Mai 2015 – Der Arbeitskreis Vorratsdatenspeicherung weist den veröffentlichten Referentenentwurf zur Vorratsdatenspeicherung¹ scharf zurück. Der Entwurf greift laut AK Vorrat tief in die Grundrechte ein und verstößt ebenfalls gegen die Urteile des Bundesverfassungsgerichts und des Europäischen Gerichtshofs. Denn nach wie vor handelt es sich um eine anlasslose Speicherung der Kommunikationsdaten aller Bürgerinnen und Bürger.

Der Gesetzentwurf führt verschiedene Speicherpflichten für Standort- und Verkehrsdaten ein, die Regierungsparteien berufen sich dabei auf das „absolut Notwendige“ und objektive Kriterien. „Absolut notwendig ist es hingegen, dass die Regierungsparteien endlich anerkennen, dass unsere Grundrechte mit dieser anlasslosen Überwachung mit Füßen getreten werden und solche Überwachungsmethoden in einem Rechtsstaat nichts zu suchen haben“, so Kai-Uwe Steffens vom AK Vorrat.

Weder im Rahmen der Evaluierung der Europäischen Kommission noch während der Verfahren vor dem Bundesverfassungsgericht und dem Europäischen Gerichtshof konnten Beispiele für einen effektiven Nutzen bei der Verfolgung schwerer Straftaten vorgelegt werden, geschweige denn eine Notwendigkeit nachgewiesen werden.

Der Gesetzentwurf fordert die Speicherung sämtlicher Standorte der Kommunikationsteilnehmer für vier Wochen, der Metadaten zu Telefongesprächen, SMS-Nachrichten, Messenger-Nachrichten und der IP-Adressen aller Internet-Zugriffe für zehn Wochen. Dabei ist sehr unklar geregelt, wann diese Daten ver-

wendet werden dürfen, laut Gesetzentwurf auch dann, wenn eine Straftat „mittels Telekommunikation“ begangen wurde und wenn die „Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos wäre.“ Das macht es Strafverfolgungsbehörden einfach, auf diese Daten zuzugreifen. „Damit kann auch gegen Filesharer und Trickbetrüger auf Ebay vorgegangen werden“, so Steffens weiter. „Ein tiefer Eingriff in die Grundrechte für die Verfolgung solch vergleichsweise geringer Delikte ist mit dem Rechtsgrundsatz der Verhältnismäßigkeit nicht vereinbar.“

Die Vorratsdatenspeicherung wurde bereits zweimal von Verfassungsgerichten abgeschafft. Vor wenigen Wochen noch lehnte Justizminister Heiko Maas die Vorratsdatenspeicherung strikt ab, die SPD ist gespalten. Nun soll der jetzige Gesetzentwurf im Eilverfahren durch den Bundestag gebracht werden und noch vor der Sommerpause in Kraft treten. „Ein solches Vorgehen verhindert bewusst jeglichen zivilgesellschaftlichen Dialog, der einer Demokratie für so einen schweren Grundrechtseingriff notwendig wäre“, ergänzt Rena Tangens vom AK Vorrat. „Offenbar will die Regierung keine Argumente mehr hören, sondern ein weiteres Mal ein verfassungswidriges Gesetz beschließen.“

Quelle: Pressemitteilung des AK Vorratsdatenspeicherung

Anmerkung

- https://netzpolitik.org/wp-upload/2015-05-15_BMJV-Referentenentwurf-Vorratsdatenspeicherung.pdf



Citizens' groups from around the world call on EC to defend privacy

The institutions of the European Union are completing a reform of Europe's Data Protection framework. Recognising the huge significance of the reform, the citizens' groups have made an unequivocal promise when it was made: "absolute red line", the level of protection would not fall below existing levels. This promise is not being kept.

Sixty-six NGOs from the European Union, North, Central and South America, Africa, Asia and Australia have joined forces to ask for a confirmation from European Commission President Jean-Claude Juncker that the promise will be respected.

"Without leadership from President Juncker, the right to privacy, not just in Europe but around the globe will be undermined", said Joe McNamee, Executive Director of European Digital Rights, the organisation that initiated the letter. "We hope and expect that the Commission President will uphold the integrity and independence of

his institution. We expect a short, rapid response to our question."

**erschienen in der FfF-Kommunikation,
herausgegeben von FfF e.V. - ISSN 0938-3476
www.fff.de**

The Commission made an initial legislative proposal to reform European privacy legislation in 2014. This update is urgently needed, due to the challenges of new technology, the need to harmonise the law and ensure its effective enforcement in Europe. Faced with profiling, digitisation of health data and online tracking, every corner of our lives is increasingly being invaded by "big data". Due to the amount of data being collected, businesses and governments increasingly know more about us than we know about ourselves – about our preferences, our health, our relationships and our politics. Without credible regulation citizens lose, businesses lose, society loses.

CC BY 3.0 / Joe McNamee / <https://edri.org/citizens-groups-from-around-the-world-call-on-ec-to-defend-privacy/>